

# Die Regierung Kohl handelt: Mit uns aus der Wirtschafts- und Finanzkrise

Erläuterungen zu den Beschlüssen der  
Bundesregierung im Bereich der Wirtschafts- und  
Finanzpolitik

**Auf dem Felde der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die neue Bundesregierung eindrucksvoll ihre Handlungsfähigkeit bewiesen: Am 27. Oktober 1982 – weniger als vier Wochen nach Amtsübernahme – wurde das in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl angekündigte finanzpolitische Dringlichkeitsprogramm beschlossen. Zielrichtung: Gesundung der Staatsfinanzen, Wiederbelebung der Wirtschaft, Schaffung neuer Arbeitsplätze.**

## Steuerliche Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft

Nur eine gut funktionierende Wirtschaft kann Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen und garantieren. Die Bundesregierung wird dafür sorgen, daß die Wirtschaft wieder auf Touren kommt und so Millionen Arbeitslose wieder Arbeitsplätze haben. Hierzu hat sie zahlreiche steuerliche Maßnahmen beschlossen.

### Gewerbesteuer

Die Ertragskraft der Unternehmen soll gestärkt werden durch eine fühlbare Senkung der Gewerbesteuer. Ab 1983 sollen Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer nur noch zu 60%, ab 1984 nur noch zu

50% hinzugerechnet und steuerlich erfaßt werden. Diese Maßnahme führt zu steuerlichen Entlastungen der Unternehmen in einer Größenordnung von mehr als 1,5 Milliarden DM im Jahre 1983. 1984 wird die Entlastung bei 1,9 Milliarden DM liegen. Damit wird ein Beitrag zur Belebung der privaten Investitionstätigkeit und zur Überwindung der Arbeitslosigkeit geleistet.

Die Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen hat sich bisher insbesondere im Mittelstand ausgesprochen investitionsfeindlich ausgewirkt, weil Betriebe auch dann Gewerbeertragsteuer zahlen müssen, wenn sie keinerlei Gewinn machen, sondern lediglich für das Fremdkapital Dauerschuldzinsen zahlen müssen.

Das folgende Beispiel verdeutlicht die fühlbare Entlastung bei der Gewerbesteuer.

**So braucht z. B. ein Einzelkaufmann mit einem jährlichen Gewinn von 6000 DM im Jahr 1984 keine Gewerbeertragsteuer mehr bezahlen, im Gegensatz zu 1982, wo er noch 4500 DM zahlen muß.**

## BEISPIEL

### Entlastung bei der Gewerbeertragsteuer

	1982	1983	1984
	<u>DM</u>	<u>DM</u>	<u>DM</u>
Gewinn eines Einzelkaufmanns	6 000	6 000	6 000
Zinsen für Dauerschulden 60 000 DM, davon hinzuzurechnen	+ 60 000	+ 36 000	+ 30 000
Gewerbeertrag	66 000	42 000	36 000
Freibetrag nach § 11 Abs. 1 GewStG	- 36 000	- 36 000	- 36 000
verbleibender Betrag	30 000	6 000	0
Steuermeßbetrag (5 v. H.)	1 500	300	0
Gewerbeertragsteuer (bei 300 v. H. Hebesatz)	4 500	900	0

Der Ausfall der Steuereinnahmen der Gemeinden in Höhe der Entlastung der Unternehmen wird durch eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage zu Lasten von Bund und Ländern je zur Hälfte ausgeglichen.

**Der ins Auge gefaßte „Globalausgleich“ führt dazu, daß den Gemeinden insgesamt ein höherer Betrag aus der Senkung der Gewerbesteuerumlage zufließt, als ihnen durch die Steuerentlastung der Unternehmen an Gewerbesteuer entzogen wird. Die Finanzkraft der Gemeinden, die von allen Gebiets-**

**körperschaften die meisten arbeitsplatzschaffenden Investitionen vornehmen, wird dadurch gestärkt.**

Allerdings können auch Belastungen für einzelne Gemeinden auftreten. Dies ist besonders dort der Fall, wo sich in einer Gemeinde Gewerbesteuerzahler stark konzentrieren, bei denen die Hinzurechnungen (Dauerschulden und Dauerschuldzinsen) eine überdurchschnittliche Bedeutung haben. Dies sind häufig jene Städte, deren Wirtschaft besonders von Strukturschwäche, Arbeitslosigkeit und Ertragsschwäche betroffen sind. Hier eine Entlastung durch einen „Spitzenausgleich“ zu schaffen sind die Bundesländer aufgerufen.

## **Mehrwertsteuer**

Eine Stabilisierung von Wirtschaft und Finanzen, ein Erfolg in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind nur möglich, wenn der Konjunkturmotor anspringt. Weil also investitionsfördernde Maßnahmen unumgänglich sind und weil dies mit Haushaltsmehrausgaben verbunden ist, mußte hier eine ehrliche Haushaltspolitik für Deckung sorgen.

**Bei der Wahl zwischen einer Erhöhung der Mehrwertsteuer und einer weiteren Kreditaufnahme konnte die Entscheidung nur für die Mehrwertsteuererhöhung ausfallen.**

Eine nochmalige Erhöhung der Nettokreditaufnahme hätte die Gefahr eines erneuten Anstiegs von Zins- und Inflationsrate bedeutet. Dies hätte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten weiter verschärft und die Wirkung der Investitionsmaßnahmen von Beginn an neutralisiert.

Ohne die Mehrwertsteuererhöhung wären die notwendigen Investitionsanreize nicht finanzierbar gewesen.

**Entgegen den Plänen der alten Bundesregierung wird die Mehrwertsteuererhöhung jedoch nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern mißbraucht. Ihre sofortige Rückgabe an Bürger und Betriebe für investitionsfördernde Maßnahmen wird festgeschrieben.**

Diese Maßnahmen sind:

- Finanzierung eines dreijährigen Schuldzinsenabzuges bis zu 10000 DM jährlich beim Neubau von Eigenheimen;
- Gewerbesteuerentlastung der Betriebe in Höhe von rund 1,5 Milliarden DM;
- Ermöglichung einer steuerfreien Rücklage beim Erwerb existenzbedrohter Betriebe.

Die steuerlichen Entlastungen zur Stärkung der Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft sollen ab 1984, wenn das zusätzliche Mehrwert-

steueraufkommen für das ganze Jahr anfällt, weiter ausgebaut und verstärkt werden. Darüber hinaus sollen die Mehreinnahmen für eine breite Vermögensbildung verwandt werden.

**Die Mehrwertsteuererhöhung hat damit einen unmittelbaren arbeitsplatzerhaltenden und arbeitsplatzschaffenden Charakter. Sie ist der Solidarbeitrag aller Verbraucher zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.**

Im Gegensatz zur SPD wollen wir mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht die notwendigen Einsparungen bei den konsumtiven Ausgaben vermeiden, sondern wir wollen zusätzlich zur Rückführung des Defizits investitionsfördernde Steuersenkungen finanzieren. Damit handelt es sich um eine Verschiebung innerhalb der Steuerbelastung, nicht um eine Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung.

## BEISPIEL:

Ein 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen hat eine monatliche Mehrbelastung durch die Mehrwertsteuererhöhung von rund 15,— DM. Baut ein Facharbeiter ein neues Eigenheim, so hat er demgegenüber durch die Abzugsmöglichkeiten der Schuldzinsen eine Steuerentlastung von ca. 3 500,— DM pro Jahr. Das ist eine Entlastung um rund 290,— DM im Monat.

## Investitionsabgabe

Die Union ist und war ein Gegner von Ergänzungsabgaben und ähnlichen Steuererhöhungen. Der Spitzensteuersatz liegt heute bereits bei 56%. Hinzu kommen Kirchensteuer, Gewerbesteuer und Vermögensteuer, so daß sich eine Gesamtsteuerbelastung der Erträge von über 70% ergibt. Eine weitere Anhebung ist finanz- und wirtschaftspolitisch äußerst bedenklich, dadurch würde ein Ausweichen in die Schattenwirtschaft zunehmend an Attraktivität gewinnen. Für uns sind die Grenzen der Belastbarkeit des Steuerzahlers erreicht.

Die Einführung einer Investitionshilfeabgabe in der von der Bundesregierung gewählten Form paßt hingegen in die wirtschafts- und finanzpolitische Landschaft:

— Die durchschnittliche Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen ist in der Vergangenheit teilweise dramatisch gesunken. Sie beträgt heute im Durchschnitt nur noch 21%, im Baugewerbe liegt sie bei 6%. Mit der rückzahlbaren Investitionshilfeanleihe werden Maßnahmen finanziert, die einen weiteren Einbruch in die Kapitalausstattung der deutschen Wirtschaft verhindern.

- Von der Investitionshilfeabgabe ist befreit, wer in seinem eigenen Betrieb im Veranlagungszeitraum Investitionen in Höhe des 5fachen seiner Abgabeschuld vornimmt. Damit wird ein sonst möglicher investitionshemmender Effekt dieses Instruments ausgeschlossen.
- Die sorgfältige Definition der auf die Abgabe anrechenbaren Investitionen verhindert unerwünschte Mitnahmeeffekte. Begünstigt werden die Anschaffung und die Herstellung von neuen abnutzbaren beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens sowie auch nachträgliche Herstellungsarbeiten an solchen Gütern. Geringwertige Wirtschaftsgüter (bis zu einem Wert von 800,— DM) und Wirtschaftsgüter mit einem privaten Nutzungsanteil von mehr als 10% sind ebenso von der Anrechnung ausgeschlossen wie der Erwerb von Grund und Boden. Die vielzitierte Befürchtung, daß etwa Unternehmer die Abgabe durch den Kauf neuer Autos zum Teil für den Privatgebrauch umgehen können, ist damit hinfällig.
- Die Investitionshilfleanleihe enthält darüber hinaus im Zusammenhang aller Haushaltsmaßnahmen ein Element des sozialen Ausgleichs. Selbst wenn diese Anleihe später zurückgezahlt wird, bedeutet dies für einen Ledigen mit einem Einkommen von 120 000,— DM eine monatliche Belastung von 206,— DM. Hinzu kommt ein Zinsverlust von rund 1 500,— DM in der gesamten Laufzeit, wenn man einen Zins von nur rund 7% zugrunde legt.

**Die Zweckbindung der Investitionshilfleanleihe garantiert, daß diese zusätzliche Einnahme nicht in Haushaltslöchern verschwindet, sondern unmittelbar der Investitionsstärkung der Wirtschaft und damit der Entlastung des Arbeitsmarktes zugute kommt. Dabei wurde mit dem Gebiet des Wohnungsbaus der Wirtschaftssektor ausgewählt, der ohne jede Verzögerung auf eine derartige Konjunkturankurbelung reagieren kann (vgl. UiD-Dokumentation Nr. 35/82).**

## Neuordnung der zerrütteten Staatsfinanzen

Die SPD hat in der gerade für jeden einzelnen Bürger so wichtigen Finanzpolitik versagt. Sie hat jedem Bürger unseres Landes umgerechnet 5 000,— DM Schulden hinterlassen. Die SPD hat bewiesen, daß sie nicht mit dem Geld der Bürger umgehen kann, daß sie von Finanzen nichts versteht.

### Bundshaushalt 1983

Die Regierung Helmut Kohl hat die ersten Schritte aus der Finanzkrise getan. In nur 2½ Wochen hat sie einen neuen, ehrlichen Haushaltsentwurf für 1983

vorgelegt und damit die Weichen richtig gestellt: Die Regierung Helmut Kohl hat das Defizit gesenkt.

**Die SPD, deren Regierungsweg durch Rentenbetrug (1976) und Schuldenlüge (1980) gekennzeichnet war, hat sich mit einer gigantischen Haushaltslüge aus der Regierung verabschiedet.**

Der Haushaltsentwurf der alten SPD-Regierung wies eine Neuverschuldung von 28,4 Milliarden DM aus. Der Kassensturz von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg zeigt aber, daß die SPD uns in Wirklichkeit ein Defizit von rund 55 Milliarden DM hinterlassen hat. Die neue Bundesregierung hat mit ihrem Haushalt für 1983 in nur knapp 2½ Wochen das Defizit von 55 Milliarden auf 41,5 Milliarden DM gesenkt, sie hat also Einsparungen in Höhe von 13,5 Milliarden DM verwirklicht.

**Das alles hatte SPD-Finanzminister Lahnstein in seinem „stocksoliden Haushalt“ (Lahnstein) verschwiegen:**

- **Steuermindereinnahmen:** die SPD-Regierung hatte viel zu hohe Steuereinnahmen angesetzt; tatsächlich sind es 10,5 Milliarden DM weniger;
- **Mehrausgaben:** die SPD-Regierung hatte die Arbeitslosenzahlen beschönigt; tatsächlich sind es 500 000 Arbeitslose mehr; das bedeutet zusätzliche Ausgaben von 8 Milliarden Mark;
- **ursprünglich auch von der alten Bundesregierung geplante Kürzungen** in Höhe von 8 Milliarden Mark konnte sie wegen ihrer inneren Zerstrittenheit und Handlungsunfähigkeit nicht durchsetzen. Ohne die konsequent getroffenen Sofortmaßnahmen der neuen Bundesregierung hätten wir im nächsten Jahr ein Defizit von 55 Milliarden Mark riskiert. Auch 41,5 Milliarden Mark sind viel zuviel. Diese bedrückend hohe Kreditaufnahme war aber unausweichlich, wenn wir nicht noch höhere Arbeitslosigkeit hätten in Kauf nehmen sollen.

Ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie die Dinge aus dem Lot geraten waren, ist folgende Tatsache: Im alten Etatentwurf für 1983 entsprach der Zuwachs der Zinsausgaben mit 4,5 Milliarden Mark genau der Steigerung des gesamten Haushaltsvolumens.

**Aber durch schnelle und klare Entscheidungen hat die Regierung Helmut Kohl wieder Spielraum für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Förderung der Wirtschaft gewonnen. Die qualitative Verbesserung des Haushaltsentwurfes drückt sich aber vor allem in weiteren Einsparungen aus und der gleichzeitigen Erhöhung der Investitionsansätze um 500 Millionen Mark bei den Gemeinschaftsaufgaben.**

## Rückführung der Neuverschuldung

Vorrangige Aufgabe der Finanzpolitik ist eine strenge Haushaltsdisziplin und die Rückführung der Neuverschuldung. Der Sachverständigenrat hat zu Recht auf den Unterschied zwischen strukturellem und konjunkturbedingtem Defizit hingewiesen, das im voraus kaum abzuschätzen ist. Unsere Konsolidierungspolitik zielt eindeutig auf den strukturellen Kern. Deshalb haben die Sachverständigen dieser Politik im jüngsten Sondergutachten ein positives Gesamturteil ausgestellt.

**Die Rückführung der Finanzierungsdefizite kann auf Dauer nur erreicht werden, wenn es gelingt, die Struktur der Ausgaben und Einnahmen so zu verändern, daß sich wieder eine natürliche Wachstumsdynamik der Gesamtwirtschaft entfalten kann.**

Das Dringlichkeitsprogramm zum Bundeshaushalt 1983 kann deshalb nur ein Zwischenschritt und eine erste Weichenstellung für die Neuordnung der Staatsfinanzen sein. Die Bundesregierung wird ihre Vorstellungen in Verbindung mit dem Haushaltsentwurf 1984 und dem neuen Finanzplan bis 1987 darstellen. In der Kürze der Zeit war es nicht möglich, jetzt einen neuen Finanzplan vorzulegen.

**Unser Ziel heißt: über geordnete Finanzen zurück zu einem geordneten Staat.**

## Mittelfristiger finanzpolitischer Kurs der CDU

Für den mittelfristigen finanzpolitischen Kurs der CDU gelten die folgenden Grundsätze:

- Der Ausgaberahmen muß mittelfristig für den Bundeshaushalt deutlich unter dem Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts liegen.
- Vorrangig sind zukunfts wirksame Ausgaben mit beschäftigungs- und investitionsfördernden Wirkungen. Einschränken müssen wir dagegen die konsumtive, nur die Gegenwart begünstigende Mittelverwendung, auch durch weitere gesetzliche Eingriffe.
- Hierzu gehört auch eine investitions- und leistungsfördernde Ausgestaltung der Steuerpolitik. Die vorrangigen Ansatzpunkte hierfür sind: die Verbesserung der Möglichkeiten zur Eigenkapitalbildung in den Betrieben und der Abbau der leistungshemmenden Wirkung des Zusammenreffens von Geldentwertung und Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer.
- Die stärkere Einbeziehung der Situation der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherungsträger in die finanzpolitischen Entscheidungen des Bundes.

Die Hypothesen der Vergangenheit sind groß. Der Wendekreis einer neuen Finanzpolitik ist unter der aktuellen Last der Wirtschaftskrise sicher nicht in Monaten, sondern in Jahren zu bemessen. Aber wir gehen mit Zuversicht an die Arbeit. In einer freien und offenen Gesellschaft sind wir auf den solidarischen Beitrag aller sozialen Gruppen und aller Bürger angewiesen. Solidarität darf nicht an der Grenze der Mitgliedschaft der einzelnen Verbände enden. Sie muß vor allem jenen gelten, deren Sorgen am größten sind: den Arbeitslosen, den in Existenznot befindlichen Selbständigen, den jungen Menschen, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze suchen, den älteren Mitbürgern, deren Renten sicher bleiben sollen.

**Mit dem Appell zur Solidarität wollen wir keine unvermeidbaren Auseinandersetzungen unterdrücken. Aber es wird sich jeder daran messen lassen müssen, ob er bereit ist, die vorrangigen Gemeinschaftsaufgaben bei seinen eigenen Forderungen zu beachten.**